



ASIEN/PHILIPPINEN - Stadtverwaltung von Zamboanga City gründet interreligiösen Rat

Zamboanga City (Fides) – Die Stadtverwaltung von Zamboanga City auf der philippinischen Insel Mindanao hat die Schaffung eines “Interreligiösen Rates der Stadt” auf den Weg gebracht. Mit einer entsprechenden Verordnung wird der Dringlichkeit einer “Politik des Friedens, der Zusammenarbeit und der Freundschaft auf den Philippinen“ Rechnung getragen und das „Recht auf individuelle Religions- und Kultfreiheit anerkannt“.

Wie Beobachter dem Fidesdienst berichte, soll der neue Rat Empfehlungen für den Stadtrat formulieren, wenn es um die Umsetzung pluralistischer und nicht diskriminierender Initiativen geht; er soll zudem die Beziehungen zu den verschiedenen religiösen Organisationen pflegen und interreligiöse Aktivitäten in der Gesellschaft fördern. Dafür sollen dem neuen Organismus 2 Millionen Pesos im Jahr zur Verfügung stehen.

Zu den insgesamt 20 Mitgliedern des neuen Rates gehören: der Bürgermeister und der katholische Erzbischof von Zamboanga City sowie Vertreter islamischer Organisationen, anderer Kirchen und indigener Völker. Unter anderem wird auch ein Mitglied der Dialog-Initiative “Silsilah” vertreten sein, die sich seit Jahren für den interreligiösen Dialog in der Region einsetzt. Silsilah bezeichnet die Schaffung des neuen Rates als “Fortschritt im Bereich der Harmonie”. Der Rat wird bereits an der Veranstaltung der “Woche der interreligiösen Harmonie” beteiligt sein, die auf Mindanao jedes alljährlich in der ersten Februarwoche stattfindet.

Von den insgesamt 800.000 Einwohnern von Zamboanga City sind rund 600.000 Christen (über 70% der Bevölkerung). Bei den restlichen 30% handelt es sich um Muslime, Angehörige indigener Völker und Minderheiten anderer Religionen. Der Angriff der “Moro National Liberation Front” (MNLF) auf Zamboanga City vom 9. September (vgl. Fides vom 12 und 13/9/2013) – so die Initiative “Silsilah” – “basiert nicht auf interreligiösen Problemen, führte jedoch zu Unmut unter Christen und Muslimen, die in der Stadt wohnen”. Der neue Rat soll zur Überwindung dieses Unmuts und der daraus entstehenden Spannungen in der Gesellschaft beitragen. (PA) (Fides 8/1/2014)